Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft — **für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter**

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 142 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 21. Juni 1933

Die deutsche Absage in Genf.

Auf der Arbeitskonferenz.

Die „Internationale der Arbeit", vor vierzehn Jahren als ein Teil des Völkerbundstatuts geschaffen und im Internationalen Arbeitsamt verwirklicht, hat mit dem Völkerbund zweierlei gemeinsam: Hier wie dort wurden riesige und infolgedessen überaus kostspielige Organisationen aufgebaut und hier wie dort kam bei dieser „Arbeit" so gut wie nichts heraus. Dafür wurde aber in Genf um so mehr debattiert, um die praktische Erfolglosigkeit dieses Treibens in Genf ein bißchen zu verhüllen. Die Führung dabei — ebenso natürlich die maßgebendsten und bestbezahlten Posten — hatten die französischen Gewerkschaftsdelegierten marxistischer Richtung inne, die in ihrem eigenen Lande politisch wirklich nicht viel zu bedeuten haben! Aber in Genf auf dem Internationalen Arbeitsamt den Mund um so weiter auftaten! Die Engländer und Belgier taten dabei eifrig mit und man war, einschließlich der deutschen Vertreter, so ziemlich „unter sich", weil auch die etwa anwesenden deutschen Arbeitnehmerdelegierten aus den Christlichen Gewerkschaften kaum als ernsthafte „Störenfriede" auftraten und daher auch nicht als solche empfunden zu werden brauchten.

Schon die italienischen Arbeitervertreter haben jahrelang darum kämpfen müssen, überhaupt bei den Sitzungen des Internationalen Arbeitsamtes zugelassen zu werden. Sie wurden von der dortigen marxistischen Front lange Zeit glatt abgewiesen, als „Faschisten" nämlich! Lehnt doch die italienische Organisation der Arbeit den Klassenkampfgedanken und den Demokratismus der marxistischen Internationale schroff ab, — und das ist eine Todsünde wider den „Geist" von Genf! Allmählich haben sich die Italiener aber doch hineingearbeitet und dadurch wenigstens einen Teil der ihnen von Rechts wegen zustehenden Positionen erkämpft. Daß sich die gleichen Widerstände auch gegenüber der neugeschaffenen Deutschen Arbeitsfront erheben würden, war von vornherein anzunehmen, besonders da auch auf den Arbeitsamtkonferenzen in Genf die internationalen politischen Verhältnisse und Strömungen stets einen überaus starken Einfluß auf die dortige „Arbeit" ausgeübt haben und daher der Weltkampf gegen Deutschland und seine nationale Erneuerung sowohl von der allgemein politischen, wie von der marxistischen Seite her in Genf stärksten Widerhall finden mußte.

Das alles ist denn auch prompt geschehen und die deutschen „politischen Flüchtlinge" sorgten ihrerseits auch mit für die Verstärkung dieses antideutschen Echos. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley hatte also gleich nach dem Zusammentritt der Konferenz des Arbeitsamtes einen sehr schweren Stand als deutscher Arbeitnehmer-Delegierter. Die Angriffe prasselten nur so auf die ganze deutsche Hitler-Bewegung hernieder, und das früher gegen Italien aufgeführte Spiel vollzog sich nun auch gegenüber der deutschen Arbeitnehmergruppe, während es bezeichnenderweise bei der anderen, der Arbeitgebergruppe nicht zu derartigen Anpöbelungen des nationalen Deutschland kam, geschweige denn bei den Regierungsvertretern. Auch jetzt versuchte man also die deutschen Arbeitervertreter von jeder wirksamen Teilnahme an der Konferenz fernzuhalten, aber das gelang denn doch nicht! Man konnte die Vertreter von vielen Millionen deutscher Arbeiter nicht so leicht und einfach mundtot machen, wie man sich das vorgenommen hatte. Aber erreicht wurde von den Gegnern doch immerhin, daß man unseren Vertretern nur einen Teil der früher von uns innegehabten Position bei den Ausschuß-Arbeiten eingeräumt hat. Und im übrigen rächte sich die gegnerische Seite für diese halbe Enttäuschung dadurch, daß sie für ihre Anpöbelungen der deutschen Arbeiterbewegung von heute immer schwereres Geschütz auffuhr — von dem Präsidenten der Gesamtgruppe dabei ebensowenig behindert wurden wie von den Leitern der Kommissionen. Die deutsche Delegation war also diesem Trommelfeuer ohne jeden präsidialen Schutz ausgesetzt und konnte sich ihrer Haut nur mit den eigenen Kräften wehren.

Was daher kommen mußte, kam schließlich: Als sich diese antideutsche Einstellung des Präsidiums immer wieder und in einer ganz besonders drastischen Form dokumentierte, hat die deutsche Delegation endlich und berechtigterweise die Geduld verloren und erklärte, sie verlasse die Konferenz und werde nicht eher wieder an ihr teilnehmen, als die amtliche Zurückweisung der Anpöbelungen, Beleidigungen und Lügen erfolgt, die sich die marxistische Mehrheit in der Arbeitnehmergruppe uns Deutschen gegenüber leisten zu dürfen geglaubt hat. Die deutsche Delegation hat die Erledigung ihrer Beschwerden keineswegs überstürzt, sondern sie hat lange gewartet, ob und wann endlich das Präsidium sich bewogen fühlte, seine Pflicht auch der deutschen Delegation gegenüber zu erfüllen. Erst als sie sah, daß hierin nichts geschah, und erst, als sie einen besonders schlimmen Fall krassester Parteilichkeit des Präsidenten erleben mußte, hat sie die selbstverständlichen Folgerungen daraus gezogen. Natürlich tat dies die gesamte deutsche Vertretung auf dieser Konferenz.

Auch dieses Vorkommnis ist nur ein Ausschnitt aus dem schweren Kampf, den unser heutiges Deutschland der nationalen Erneuerung gegen das internationale Mißtrauen und Übelwollen im allgemeinen, gegen den Haß der marxistischen Internationale im besonderen führen muß. Man hat in Genf deutscherseits in anderen Tönen und Worten gesprochen als früher, denn auf einen groben Klotz gehörte endlich einmal auch ein recht derber Keil! Gerade Deutschland, das sozialpolitisch an der Spitze der Welt marschierte und marschiert, hat das Recht dazu, den debattierenden Herrschaften in Genf unzweideutig vor Augen zu halten, daß nur durch ein nationales Wollen und Handeln auch dem Arbeiter die Möglichkeit des sozialen Aufstieges gegeben ist, eines Aufstieges nämlich auf Grund der Leistung, nicht aber mit Hilfe des Klassenkampfes marxistischer Dogmatik.

London schon hoffnungslos?

England pessimistisch.

Noch schlechtere Aussichten für die Weltwirtschaftskonferenz.

Selbst die Presse Englands, die sich bisher noch zu einer betonten Hoffnungsfreudigkeit verpflichtet fühlte, zeigt jetzt gegenüber der Weltwirtschaftskonferenz ganz offen eine pessimistische Stimmung. Da man im Gegensatz zu den sonst üblichen Gepflogenheiten auf großen internationalen Konferenzen diesmal angesichts der ganz klaren deutschen Haltung und der eindeutigen deutschen Erklärungen Deutschland auch beim besten (oder schlechtesten) Willen nicht als den Schuldigen hinstellen und für die bisherige Ergebnislosigkeit der Londoner Verhandlungen verantwortlich machen kann, bemüht sich die Londoner Presse, Amerika als den Sündenbock zu kennzeichnen; man verweist auf die Unstimmigkeiten in der amerikanischen Abordnung sowie auf die Gegensätze in den Anschauungen der amerikanischen Regierung und der dortigen Finanzkreise.

Die „Times" tröstet sich selbst mit der Erklärung, daß ja „noch jede Konferenz im Anfang Schwierigkeiten gehabt" habe. Das Blatt vergißt nur, dabei gleich hinzuzufügen, daß es seit dem Kriege unter den kaum noch zu zählenden internationalen Konferenzen bisher auch nicht eine einzige gegeben hat, von der man sagen durfte, daß sie für Europa einen wirklichen Segen gebracht hat. Das wurde schon dadurch verhindert, daß alle diese Konferenzen

unter dem bestimmenden Einfluß Frankreichs

standen. Die Schuld an einem etwaigen Scheitern der Londoner Weltwirtschaftskonferenz den Vereinigten Staaten von Amerika zuschieben zu wollen, nur deshalb, weil sie so reichen Ländern wie England und vor allem Frankreich die zur Niederringung Deutschlands gemachten Kriegsschulden nicht erlassen wollen, dieses Bestreben erscheint fast als ein Ablenkungs- und Entlastungsmanöver Englands für das ihm befreundete Frankreich, dessen Rolle als böser Geist Europas von der Welt immer klarer erkannt wird.

Es ist daher auch kein Wunder, wenn der englische Ministerpräsident und Konferenzvorsitzende, Macdonald im Gegensatz zu der Presse seines Landes einem französischen Pressevertreter gegenüber erklärt hat, daß das bisherige „Ergebnis" der Konferenz „sehr zufriedenstellend" (??) gewesen sei. Dergleichen hat er noch immer gesagt, wenn er eine Konferenz leitete oder an den Verhandlungen auf andere Weise stark beteiligt war.

Botschafter Luther schildert Deutschlands Aufbauprogramm.

Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer Newyork.

Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer in Newyork hielt der deutsche Botschafter Dr. Luther einen Vortrag über das neue Deutschland. Er erklärte u. a., daß das Programm Roosevelts in vielen Punkten dem Programm der Regierung Hitlers ähnele. Hitler habe wiederholt klar zum Ausdruck gebracht, wie wichtig der Ausbau des internationalen Wirtschaftsnetzes sei. Für die grundlegenden Veränderungen in Deutschland sei nichts so charakteristisch, als die Erklärung des 1. Mai zum Nationalen Feiertag der deutschen Arbeit. Ein Eckstein der Wirtschaftsgrundsätze des Dritten Reiches sei die These, daß Allgemeininteresse vor Privatinteresse gehe. Das heutige Deutschland sei von einem starken Wiederaufbauwillen beherrscht. Dr. Luther schloß seine Ausführungen mit einem Appell zum weiteren Ausbau des deutsch-amerikanischen Handels.

Reichsaußenminister von Neurath an das amerikanische Volk.

Gleiche Schwierigkeiten — gleiche Heilmittel.

Zum ersten Male in der Geschichte des Rundfunks hat ein deutscher Außenminister von dem Gebäude der englischen Rundfunkgesellschaft in London über den Ozean eine Botschaft an das amerikanische Volk gesandt. Dieser geschichtliche Akt war dem deutschen Reichsminister Freiherrn von Neurath vorbehalten. Seine Botschaft an das amerikanische Volk lautet unter anderem:

Ich freue mich aufrichtig, als Führer der deutschen Abordnung für die Weltwirtschaftskonferenz dem amerikanischen Volk die Sympathie des deutschen Volkes ausdrücken zu können. Das deutsche Volk hat besonderes Verständnis für den energischen Kampf des amerikanischen Volkes gegen die Krise, denn es hat selbst in den letzten 15 Jahren und mehr als andere Völker einen ununterbrochenen Kampf gegen wirtschaftliche, finanzielle und politische Schwierigkeiten führen müssen. Wir haben nie den Mut verloren. Das schlimmste Übel ist die Arbeitslosigkeit. Die Verheerungen, die diese in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung in Deutschland angerichtet hat, sind noch tiefer als in den Vereinigten Staaten. In beiden Ländern ist die öffentliche und private Finanzwirtschaft dadurch gestört worden, daß alte Schulden, gemessen an den Warenpreisen, viel schwerer geworden sind, als zu der Zeit, da sie kontrahiert wurden. Diese Beispiele zeigen, daß in unseren beiden Ländern die Schwierigkeiten vielfach die gleichen sind, und daß daher wahrscheinlich auch die Heilmittel die gleichen sein müssen.

Wir müssen auf der Weltwirtschaftskonferenz über den scheinbaren Interessengegensätzen die gemeinsame Aufgabe erkennen, unseren Völkern Arbeit und ein lebenswürdiges Dasein zu verschaffen. Jedem Land kann dabei genügend Spielraum gelassen werden, um seine nationale Wirtschaft wieder zu kräftigen, denn nur auf der Basis gesunder Nationalwirtschaften kann sich die Weltwirtschaft wieder aufbauen.

Der Erfolg dieser Konferenz hängt aber vom friedlichen und verständnisvollen Zusammenarbeiten der Völker ab. Die Tatsache, daß in Deutschland die Staatsgewalt von einer Bewegung ergriffen ist, die als revolutionär angesehen wird, hat manchen Stellen außerhalb Deutschlands Anlaß gegeben, sich beunruhigt zu zeigen. Die Staatsführung im Innern Deutschlands hat sich geändert; die Außenpolitik Deutschlands ist friedfertig geblieben. Für die Friedfertigkeit der deutschen Außenpolitik hat Reichskanzler Hitler das stärkste Zeugnis in seiner Regierungserklärung abgelegt, die alle Besorgnisse über die außenpolitische Haltung der nationalsozialistischen Regierung zerstreuen. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf, bei dem Pakt von Rom und bei anderen Gelegenheiten hat die nationalsozialistische Regierung klare Beweise für ihre friedfertige und verständigungsbereite Politik gegeben.

Lassen Sie mich zum Schluß dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck geben, daß diese Konferenz, zu der sich die Vertreter aller Länder in London zusammengefunden haben, ihre schwere Aufgabe erfüllen möge.

Erklärung des Präsidiums der Arbeitskonferenz.

Die deutsche Entgegnung.

Amtlich wird mitgeteilt: Auf die Erklärung, die die deutsche Abordnung am 19. Juni 1933 dem Präsidenten der 17. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz überreicht hat, hat das Büro der Konferenz am gleichen Tage eine Mitteilung verbreitet, die zu der deutschen Erklärung Stellung nimmt. Darin heißt es: Der Präsident hat von der deutschen Abordnung eine Erklärung erhalten, in der sie ankündigt, daß sie die Konferenz verläßt und die Gründe angibt, die sie veranlaßt haben, so zu handeln.

Das Büro der Konferenz hat, durch den Präsidenten zusammenberufen, folgendes festgestellt: 1. Bis zu diesem Tage ist niemals irgendeine Beschwerde von der deutschen Abordnung an den Vorsitzenden der Konferenz gelangt hinsichtlich der „überaus schweren Beleidigungen", die in einer Sitzung der Arbeitergruppe bei Beginn der Konferenz gefallen sein sollen. Dazu kommt, daß die Leitung der Konferenz keine Beziehung mit den Gruppen hat, die in nichtoffiziellen Sitzungen zusammentreten. 2. Am 15. Juni ist von der deutschen Abordnung eine Beschwerde betr. die Mitteilungen „nichtoffizieller" Einberufungen der Arbeitergruppe, die in dem nichtamtlichen Teil des täglichen Mitteilungsblattes erscheinen, eingereicht worden. Um der Beschwerde Rechnung zu tragen, hat das Büro der Konferenz sofort entschieden, daß diese Mitteilungen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF